

# **Kirche und Gesellschaft**

Herausgegeben von der  
Katholischen Sozialwissenschaftlichen  
Zentralstelle Mönchengladbach

Nr. 97

## **Politik für die Reichen?**

von Norbert Blüm

Verlag J. P. Bachem

Die Reihe „Kirche und Gesellschaft“ behandelt jeweils aktuelle Fragen aus folgenden Gebieten:

- Kirche in der Gesellschaft
- Staat und Demokratie
- Gesellschaft
- Wirtschaft
- Erziehung und Bildung
- Internationale Beziehungen / Dritte Welt

Die Numerierung der Reihe erfolgt fortlaufend.

Die Hefte eignen sich als Material für Schul- und Bildungszwecke.

Bestellungen sind zu richten an die  
Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle  
Viktoriastraße 76  
4050 Mönchengladbach 1

**Redaktion:**  
**Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle**  
**Mönchengladbach**

Die Wirklichkeit ist der Feind der Träume. Die Wirklichkeit ist: Der Traum immerwährenden wirtschaftlichen Wachstums ist ausgeträumt. Die Wachstumsraten in der Wirtschaft haben sich in den 70er Jahren kontinuierlich verringert, mit Beginn der 80er Jahre sind sie gekippt. Erwerbsarbeit ist zum knappen Gut geworden. Die vollmundigen Beschäftigungsgarantien der frühen 70er Jahre liegen im Papierkorb. Der Staat, ausersehen als Ausputzer konjunktureller Defizite, hat aufgrund seiner Schulden beschäftigungspolitischen Spielraum eingebüßt.

Der Boden der Wirklichkeit ist hart; und er ist unbequem. Wenn das Bruttosozialprodukt zum dritten Mal hintereinander sinkt, kann die Politik nicht so tun, als ginge sie das nichts an. In der Natur der Sache liegt, daß bei schrumpfendem Kuchen die Verteilungskonflikte härter werden. Und wenn der durch Steuern konfiszierte oder gepumpte Segen nicht mehr auf die Mühlräder der eigenen Lobby fließt, sind Schlagworte und Totschlagargumente schnell bei der Hand. Das Schlagwort gegen die Bundesregierung und die CDU/CSU „Politik für die Reichen“ steht dabei an prominenter Stelle. Das Wort soll schlagen, Differenzierung wäre hinderlich. Politik aber muß sich der Anstrengung unterwerfen, die komplexen Probleme der Wirklichkeit mit differenzierten Lösungsmöglichkeiten zu konfrontieren. Propagandaformeln verschleiern die Flucht vor der Wirklichkeit. Am Ende der Flucht steht jedoch eine immer noch härtere Wirklichkeit.

Sich der Wirklichkeit stellen, ist die einzig sinnvolle Alternative. In der Entscheidung: Flüchten oder Standhalten hat sich die Bundesregierung für Standhalten entschieden – trotz und gerade wegen der Bundestagswahlen am 6. März 1983.

## **1. Das Haus, das wir übernommen haben, war vom Einsturz bedroht**

Die Union hat keinen Anlaß, aus der Defensive zu argumentieren. Auch hier gilt das Sprichwort: Die Wahrheit ist der Amboß, der viele Hämmer überdauert. Die Wahrheit ist: Die ersten 10 Wochen Arbeitszeit der neuen Bundesregierung waren 10 Wochen Herkulesarbeit, um den Haushalt abzustützen, damit das staatliche Finanzgebäude nicht einstürzt. Bei der ersten Inventur mußten wir feststellen:

- 10 Milliarden DM weniger Steuereinnahmen 1983 als geschätzt,
- 7 Milliarden DM mehr Zuschußbedarf der Bundesanstalt für Arbeit als errechnet,
- schon im zweiten Halbjahr 1982 1,4 Milliarden DM weniger Beitragseinnahmen der Rentenversicherung als angenommen,
- 0,5 Millionen mehr Arbeitslose 1983 als erwartet,
- Konkurse und Vergleichsverfahren haben 1982 die Rekordmarke von 15 500 erreicht.

Die wirkliche Lage der Staats- und Sozialfinanzen und der Wirtschaft zeigt, daß der Wechsel in der Regierungsverantwortung ein Wechsel in letzter Minute war.

„Stocksolide“ hatte die alte Bundesregierung in ihrer Haushaltsplanung die Entgeltentwicklung für 1983 auf +5% geschätzt, die Arbeitslosenzahl auf 1,85 Millionen im Jahresdurchschnitt und die Beschäftigtenentwicklung auf +0,5%. Daß diese Annahmen unrealistisch waren, war bereits im Sommer 1982 bekannt. Wechselseitige Blockaden in der alten Koalition und die innere Zerstrittenheit der SPD haben zur Flucht vor der Wirklichkeit geführt. Die alte Bundesregierung hat die Augen fest geschlossen in der Hoffnung, daß diese letzte Prüfung ihrer Handlungsfähigkeit noch einmal an ihr vorübergehen würde und sich die dünnen Bretter der alten Koalition noch einmal als tragfähig erweisen würden. Diese Hoffnung hat getrogen.

Die neue Bundesregierung hat als eine der ersten Sofortmaßnahmen neue, realistische Annahmen über die im Jahre 1983 zu erwartende Wirtschaftsentwicklung gesetzt: Sie geht aus von einer Entgeltentwicklung 1983 von + 3,5%, von einer Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt von 2,35 Millionen und von einer Beschäftigtenentwicklung von -1,8%. Wie gesagt: Der Boden der Wirklichkeit ist hart. Die Bundesregierung reagiert auf die Wirklichkeit mit einem alten Hausmittel: Wir sagen die Wahrheit. Und die Bürger wollen die ungeschminkte Wahrheit. Nur die ganze Wahrheit mobilisiert die Kräfte, die wir zur Überwindung der schlimmen Lage brauchen.<sup>1)</sup>

Uns ist es lieber, wenn die Wirklichkeit besser ist als die Prognose. Bisher war das Verfahren meist umgekehrt. Zu oft hat in der Vergangenheit eine schlechte Wirklichkeit die besseren Voraussagen dementiert.

- Ohne unsere Aufräumarbeiten würde das Defizit der Bundesanstalt für Arbeit 1983 13,4 Milliarden DM betragen. Das Defizit der Nürnberger Bundesanstalt wäre dann etwa so groß wie der gesamte Etat der Kriegsoferversorgung einschließlich der Kriegsopferversorge.
- Ohne unsere Aufräumarbeiten wäre die Rentenversicherung schon im August/September 1983 zahlungsunfähig gewesen. Die Schwankungsreserve, Ende 1982 noch 19,4 Milliarden DM, wäre ohne unsere zusätzlichen Maßnahmen bis Ende 1983 auf 8,8 Milliarden DM abgebaut. Das entspricht 0,9 Monatsausgaben und hätte bedeutet, daß schon einige Monate vorher die liquiden Mittel völlig aufgezehrt gewesen wären.

Die sozialpolitische Atempause, zu der uns die übernommene Situation gezwungen hat, ist eine Pause zur Rettung der sozialen Sicherheit. Die Renten bleiben sicher, die Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit gewährleistet.

## **2. Wir setzen klare Maßstäbe für die Verteilung der Lasten**

Die Atempause, mit der die neue Regierungskoalition ihre Sozialpolitik beginnt, hat einen dreifachen Sinn. Es geht darum:

- die Finanzierbarkeit des Systems zu sichern, ohne das System selbst zu verletzen;

- die Weichen zu stellen für mehr Selbstregelung und weniger staatliche Manipulation bei der Sozialversicherung;
- die Anpassung des sozialen Leistungssystems und unserer Erwartungen an veränderte wirtschaftliche Bedingungen einzuleiten.

Nicht alles konnte in der zur Verfügung stehenden kurzen Frist geschehen. Und gespart werden mußte sofort. Die Bundesregierung hat allerdings gerade in der Sozialpolitik dem Sparen Sinn gegeben und willkürliche Manipulationen durch begründbare Kriterien ersetzt. Es gibt keine einzige Veränderung zwischen den einzelnen Sozialversicherungen, die nicht nach in sich begründbaren Kriterien erfolgte. Das ist das Gegenteil von „Verschiebebahn““, dem Aktionsfeld bisheriger sozialdemokratisch bestimmter Sozialpolitik.

### *Lohnersatzfunktion als Kriterium*

Ein wichtiges Kriterium heißt: Versicherungsleistungen mit Lohnersatzfunktion sind Bemessungsgrundlage für Leistungen von einer Versicherung zur anderen. Was bedeutet das?

Seit 1978 zahlt die Arbeitslosenversicherung für ihre Leistungsempfänger an die Rentenversicherung Beiträge. Die Bemessungsgrundlage dafür war bisher 100% des ursprünglichen Bruttolohns. Die alte Regierung wollte diese Bemessungsgrundlage auf 70% des letzten Bruttolohnes runterfahren. Sie hat damit indirekt bestätigt, daß die von ihr zuvor gewählte Beitragsbemessungsgrundlage von 100% nicht finanzierbar ist. Der dann neu gewählte Satz von 70% hat keinerlei sachlogische Begründung erfahren, sondern war ausschließlich von fiskalpolitischen Erwägungen bestimmt. Genau so aber wird die Finanzgrundlage der Rentenversicherung unkalkulierbar.

Die neue Bundesregierung nimmt als Bemessungsgrundlage das, was von der Arbeitslosenversicherung ausgezahlt wird, nämlich das Arbeitslosengeld, die Arbeitslosenhilfe, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld, das Übergangsgeld. Dieses Kriterium der Lohnersatzfunktion wird konsequent durchgehalten. Soviel Löhne oder Lohnersatzleistungen, soviel Beiträge! Die Orientierung der Rentenbeiträge für Arbeitslose an 100 Prozent ihres ehemaligen Bruttolohnes war eine Fiktion, die mit dem tatsächlich erwirtschafteten Ergebnis nichts zu tun hatte.

### *Das Rentenniveau bleibt stabil*

Wegen dieser Anpassung der Rentenversicherung an die tatsächlichen wirtschaftlichen Gegebenheiten darf sie selbstverständlich nicht zahlungsunfähig werden. Deshalb müssen die Rentner durch die um ein halbes Jahr hinausgeschobene Rentenanpassung und durch einen Beitrag zu den Kosten ihrer Krankenversicherung ihren Beitrag zur Erhaltung des Systems leisten. Und die Arbeitenden ihrerseits werden durch

eine Erhöhung des Rentenbeitrags auf 18,5% schon zum 1. September 1983 zur Einlösung des Generationenvertrages herangezogen.

Die Position der Rentner im Einkommensgefüge verschlechtert sich nicht. Das Nettorentenniveau bleibt stabil. Die Rente eines Rentners mit 40 Versicherungsjahren beträgt z. Zt. rund 65% des verfügbaren Einkommens eines vergleichbaren Arbeitnehmers. Daran wird sich auch in den kommenden Jahren trotz der mit dem Haushaltsbegleitgesetz 1983 beschlossenen Maßnahmen kaum etwas ändern.

Wir treffen eine weitere Maßnahme, um den finanziellen Kollaps der Rentenversicherung im Jahre 1983 zu vermeiden: Sie zahlt im kommenden Jahr 1,2 Milliarden DM weniger für die Krankenversicherung der Rentner an die Krankenversicherungen. Auch das ist kein Verschiebebahnhof. Es ist ein Vorgriff darauf, daß wir in Zukunft auch das Krankengeld als Lohnersatzleistung behandeln und somit beitragspflichtig zur Rentenversicherung machen wollen. Nur ist das eine Reform, die schwierige Abgrenzungen leisten muß und deshalb Zeit und Verstand braucht. Das Geld wurde jetzt schon gebraucht, zugegeben. Aber Sinn und Logik, die dahinterstehen, wollten wir nicht durch eine Sozialpolitik der heißen Nadel verspielen.

Wir verschweigen im übrigen nicht, daß für die Rentenversicherung nach 1983 weiterhin ernste Finanzprobleme entstehen. Die Zahlungsfähigkeit der Rentenversicherung für 1983 ist gesichert. Allerdings wird für 1984 ein erneuter Handlungsbedarf bestehen. Wie groß das Volumen des Fehlbedarfs 1984 sein wird, hängt von der wirtschaftlichen Entwicklung ab, die jetzt noch nicht vorhergesagt werden kann.

### *Konsensfähige Grundlagen zukünftiger Rentenpolitik*

Bei der langfristigen Konsolidierung der Rentenfinanzen sollte jedoch schon jetzt ein Konsens in den Prinzipien zwischen Parteien, Verbänden und Tarifvertragsparteien angestrebt werden. Dieser Konsens ist möglich. Als konsensfähige Grundlagen für die zukünftige Rentenpolitik zeichnen sich ab:

- Die Rente bleibt beitrags- und leistungsbezogen. Wer länger und mehr Beiträge zahlt, der soll auch eine höhere Rente erhalten.
- Die verfügbaren Einkommen von Erwerbstätigen und Rentnern sollen sich gleichmäßig entwickeln.
- Der Bundeszuschuß zur Rentenversicherung muß auf eine verlässliche Grundlage gestellt werden. Seine Sicherheit und Verlässlichkeit ist neben seiner Höhe von besonderer Bedeutung.

Die Sicherheit unserer älteren Mitbürger hängt auch davon ab, daß sie wissen, wie übermorgen ihre Rente aussieht. Die jährlich wiederkehrende Rentendiskussion produziert Angst bei den älteren Mitbürgern. Deshalb haben wir der Opposition vorgeschlagen, die Renten aus dem Wahlkampf herauszuhalten. Das hat nichts mit Angst vor einer erneuten Rentendiskussion zu tun. Die neue Regierung braucht den Vergleich mit

der Vergangenheit nicht zu scheuen. Denn: Ohne Atempause, das heißt bei Anpassung der Renten bereits zum 1. Januar 1983 und nicht wie nunmehr beschlossen erst zum 1. Juli 1983, hätte die Rente des Eckrentners – eines Rentners mit 40 Versicherungsjahren und einem durchschnittlichen Arbeitnehmereinkommen – 1983 insgesamt rund 330 DM mehr betragen. Dies entspricht etwa 2,3 Prozent der Jahresrente 1982. Durch die Maßnahmen der alten Bundesregierung im 20. und 21. Renten-anpassungsgesetz hat der Rentner jedoch erheblich mehr verloren. Ohne die Kürzungen durch diese Gesetze hätte der Rentner 1983 rund 1880 DM mehr Rente bezogen. Dies entspricht 12,7 Prozent der Jahresrente 1983, das ist mehr als das fünffache gegenüber der jetzigen Hinausschiebung der Rentenanpassung. Das Angebot an die Opposition, die Rente aus dem Wahlkampf herauszuhalten, ist also nicht taktisch begründet. Es liegt im Interesse der älteren Mitbürger. Sie haben von einer streitigen Vergangenheitsbewältigung nichts.

### *Entlastung der Krankenversicherung*

Daß die neue Bundesregierung Sparen nie ohne Sinn betrieben hat, kann auch im Bereich der Krankenversicherung belegt werden. Die alte Bundesregierung hatte für die Leistungen der Arbeitslosenversicherung an die Rentenversicherung wie an die Krankenversicherung als neue Bemessungsgrundlage den willkürlich gegriffenen Satz von 70% des letzten Bruttolohnes vorgesehen. Während wir jedoch die Beiträge für die Arbeitslosen an die Rentenversicherung an der Lohnersatzfunktion der tatsächlichen Leistungen orientieren und damit niedriger ansetzen als die alte Regierung, bemessen wir die Beiträge der Arbeitslosenversicherung an die Krankenversicherung wieder an 100% des letzten Bruttoentgelts der Leistungsempfänger. Wir haben also eine bereits geplante Sparmaßnahme wieder fallen lassen. Warum? Weil Beiträge der Arbeitslosen an die Krankenversicherung sich nicht an einer Lohnersatzfunktion orientieren können, sondern dem Versicherungsrisiko entsprechen müssen. Arbeitslose sind nicht weniger krank als Arbeitsbesitzer.

Die Bemessung der Beiträge zur Krankenversicherung für die Arbeitslosen an 100% ihres letzten Bruttoeinkommens schottet die Krankenversicherung von den Risiken der Massenarbeitslosigkeit ab. Und das ist zur Erhaltung des gegliederten Krankenversicherungssystems unerlässlich. Denn würde die Massenarbeitslosigkeit auf die Krankenversicherung durchschlagen, müßten wir zu einem umfassenden Finanzausgleich zwischen den Kassen kommen, weil die Arbeitslosigkeit eben die AOK im Bayerischen Wald anders trifft als die Ersatzkasse in Bonn. Ein perfekter Finanzausgleich aber entmündigt die Selbstverwaltung und erniedrigt das gegliederte Krankenversicherungssystem zu einer Türschilderfassade, hinter der jede originelle Anstrengung zur Sparsamkeit wieder durch den Finanzausgleich weggebügelt wird.

Die Krankenversicherung erhält also von der Arbeitslosenversicherung mehr Beiträge als ursprünglich geplant. Verbunden mit den Einsparmaß-

nahmen der Krankenversicherung, die die neue Bundesregierung nach den alten Plänen fortführt, erfährt die Krankenversicherung mehr Entlastung, als sie durch die Minderabführung der Rentenversicherung belastet wird. Die Beiträge in der Krankenversicherung brauchen also nicht zu steigen, bei vielen Kassen sinken sie sogar. Auch das ist kein Nebenprodukt, sondern Ziel der Politik der neuen Bundesregierung.

### *Prinzipielle Sozialpolitik*

In der Krankenversicherung müssen sich alle Beteiligten jetzt damit abfinden, daß mit dem erreichten Abgabevolumen aus dem wirtschaftlichen Gesamtergebnis die Leistungen des Gesundheitswesens auch finanzierbar bleiben müssen. Es ist eine Zielvorgabe der neuen Bundesregierung. Die Sozialpolitik der neuen Bundesregierung ist im Gegensatz zu der der alten weder ein „Verschiebebahnhof“ noch eine Veranstaltung von „Buchhaltern“. Unsere Sozialpolitik ist prinzipiell und nennt die Kriterien, an der sie sich messen läßt:

- Anpassung an veränderte wirtschaftliche Gegebenheiten;
- verläßliche Maßstäbe für Leistungen zwischen den einzelnen Sozialversicherungen;
- Verstärkung des Versicherungsprinzips;
- Solidarischer Beitrag aller zur Verhinderung eines finanziellen Kollaps.

### **3. Unsere Politik ist Politik für die sozial Schwachen**

Die neue Bundesregierung mußte mehr sparen als bisher angenommen worden war, weil die Annahmen der Entwicklung auf den Boden realistischer Einschätzungen zurückgeholt werden mußten. Statt der von der alten Bundesregierung veranschlagten Neuverschuldung von 28 Milliarden DM wären wir 1983 ohne unser Gegensteuern fast beim doppelten, nämlich bei einer Neuverschuldung von 55 Milliarden DM gelandet. Aufgrund unserer Politik der Sparsamkeit konnte die Deutsche Bundesbank zweimal hintereinander die Zinsen senken. Das schafft Rückenwind für arbeitsplatzschaffende Investitionen. Die Zinssenkungen entlasten Wirtschaft und Verbraucher um 16 Milliarden DM. Das ist eine achtmal höhere Anstoßwirkung als das von der alten Bundesregierung 1982 aus Steuermitteln finanzierte Investitionsprogramm. Die Formel: Mehr Schulden gleich mehr Arbeitsplätze stimmt nicht. Sie ist eine Ungleichung. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: weniger Schulden gleich mehr Arbeitsplätze.

Der Sozialhaushalt ist der größte Einzelposten im Etat. Bei unabweisbaren Sparzwängen im Interesse der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kann die Sozialpolitik den Klingelbeutel nicht ohne einen eigenen Beitrag weiterreichen. Bei allen sozialen Kürzungsmaßnahmen, die von den früheren SPD-geführten Bundesregierungen durchgeführt wurden oder



vorgesehen waren, gab es an keiner Stelle Einkommensgrenzen. Höher- und Besserverdienende wurden bei den Kürzungen im Sozialbereich völlig ungeschoren gelassen. Instrument der Kürzung war die Hecken-schere. Ohne sozialen Flankenschutz wurde beispielsweise das Kindergeld pauschal gekürzt. Bei vollen Kassen Geld zu verteilen, ist keine große sozialpolitische Kunst; es bei leeren Kassen dann ebenso phantasielos wieder einzusammeln, ebensowenig. Wir machen Unterschiede, wem mehr Opfer zugemutet werden können und wem weniger.

### *Verteilung schafft noch nicht Verteilbares*

Die primäre Einkommensverteilung des Marktes kann nicht die Forderung nach sozialer Gerechtigkeit erfüllen. Zu Recht wird sie durch eine zweite Einkommensverteilung ergänzt. Wir sind für Verteilung, für gerechte Verteilung, aber Verteilung schafft noch nicht Verteilbares.

Die klassische sozialpolitische Umverteilung sah ihre erste Aufgabe darin, den Arbeitern zu helfen. Als die Rentenversicherung eingerichtet wurde, umfaßte sie rund 10% der Bevölkerung. Damals konnte man zu Recht die Auffassung vertreten, daß die 90%, welche außerhalb der Sozialversicherung stehen, mit Hilfe der Reichszuschüsse die Minderheit unterstützen. Das war eine soziale Umverteilung. Heute jedoch haben sich die Verhältnisse umgekehrt. 90% der Bevölkerung sind in der Sozialversicherung, und es ist eine Illusion anzunehmen, jene 10%, die nicht Mitglied der Sozialversicherung sind, würden mit Zuschüssen die Lage der Mehrheit verbessern. Als Steuerzahler zahlt die Mehrheit inzwischen auch die staatlichen Zuschüsse.

So findet sehr viel eher eine Umverteilung von der rechten zur linken Hosentasche statt, und niemand weiß so recht, wer eigentlich wessen Hand in wessen Tasche hat. Nach Feststellungen der Transfer-Enquete-Kommission sind 70% der Steuerzahler zugleich Empfänger von Sozialleistungen. So geht ein Teil der Umverteilung einen kostspieligen Umweg, auf dem die Begünstigten ihre Begünstigungen selbst finanzieren. Je größer der Kreis ist, der von der Umverteilung auf Empfängerseite betroffen ist, um so weniger treffsicher ist der Vorgang, weil mit zunehmendem Empfängerkreis die Wahrscheinlichkeit der Selbstfinanzierung wächst.

### *Politik als Nullsummenspiel*

Rolf Zundel sieht in seinem Buch „Das verarmte Parlament“ unsere gegenwärtige Situation „dadurch gekennzeichnet, daß die wirklichen und noch mehr die sogenannten sozialen Ansprüche ebenso groß sind wie der Widerstand, sie durch Steuern zu finanzieren – ein klassisches Dilemma“<sup>(2)</sup>. Eine allein an Umverteilung orientierte, quantitative Sozialpolitik gerät zum Nullsummenspiel.

1960 betrug die Lohnsteuer 390 DM bei einem Durchschnittslohn von 6248 DM. 1982 lag die durchschnittliche Lohnsteuer bei 5616 DM bei einem durchschnittlichen Lohn von 33078 DM. Haben sich die Einkommen in dieser Zeit verfünffacht, so ist die Lohnsteuer heute 14mal so hoch. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat am 22. Juni 1982 eine Bilanz sozialdemokratisch zu verantwortender Abgabepolitik gezogen: Das durchschnittliche Arbeitseinkommen „war 1970 belastet mit 22,7% Lohnsteuer und Sozialabgaben. Heute ist es belastet mit 31,7%. Anders ausgedrückt: Die Grenzbelastung des Arbeitnehmers, d. h. die letzten 10 Mark, die er bei einer Lohn- oder Gehaltserhöhung bekommt, sind heute belastet mit 49% im Durchschnitt. Sie stand heute vor 12 Jahren bei weniger als 34%. Wir haben also die Arbeitnehmer immer wieder zur Kasse gebeten“. . . . Und weiter: „Wir haben allerdings nicht alles beim Arbeitnehmer holen können, sondern wir haben bei sinkender Konjunktur, sinkender Weltkonjunktur, einen Teil unserer Mehrausgaben finanziert durch Kreditaufnahmen.“ Zusammenfassend stellte Helmut Schmidt fest: „Ich wiederhole nochmals, erste Quelle: wesentlich höhere Belastung der Arbeitnehmer, zweite Quelle: Nettokreditaufnahme am Kapitalmarkt, dritte Quelle: Herunterfahren der öffentlichen Investitionen zugunsten von Leistungsgesetzen.“<sup>(3)</sup>

Daraus ergibt sich als Schlußfolgerung: Nie hat die Politik die Arbeitnehmer mehr geschröpft als in den zurückliegenden 12 Jahren sozialdemokratisch bestimmter Politik. Festzustellen ist: Arbeitergroschen, Pump und der Verzicht auf beschäftigungssichernde öffentliche Investitionen – das waren die Quellen des sozialdemokratischen „Fortschritts“.

Kann für die Ergebnisse der Politik der letzten 12 Jahre ernsthaft der Anspruch einer „Politik für die sozial Schwachen“ erhoben werden? Und kann man der neuen Politik wirklich den Vorwurf machen, sie sei eine „Politik für die Reichen“?

Die Verbindlichkeiten des Staates aus Wertpapieren betragen 111 Milliarden DM. Das ist fast so viel, wie die ganze Rentenversicherung in einem Jahr ausgibt. Diese Wertbriefe befinden sich nicht in den Händen der Sozialempfänger, der Rentner, der Arbeitnehmer. Wer dem Staat Geld zur Verfügung stellt, hat Geld übrig. Das sind nicht die „kleinen Leute.“ Dieses Geld haben Besserverdienende. 1983 zahlt der Bund 28 Mrd. DM Zinsen! So können die Arbeitnehmer mit ihren Steuergroschen die Gläubiger des Staates. Das ist perfekte Umverteilung von unten nach oben durch Schuldenpolitik unter SPD-Verantwortung. Der Abbau der Staatsverschuldung ist deshalb auch ein Beitrag zur sozialen Ausgewogenheit und Verteilungsgerechtigkeit.

Allein der Bund hat in den vergangenen 12 Jahren einen Schuldenberg von 300 Milliarden DM aufgehäuft – ein Wechsel auf die Zukunft, den die Jugend einlösen muß. Nullsummenspiel also auch zwischen den Generationen, zwischen Gegenwart und Zukunft. Heute das Holz verheizen, mit dem unsere Kinder kochen sollen, heißt, die Zukunft verraten. Die deutschen Bischöfe haben schon in ihrem Wort zur Bundestagswahl 1980 gewarnt: „Seit Jahren stehen wir in der Bundesrepublik Deutschland in

der Gefahr, über unsere Verhältnisse zu leben und damit die Lebenschancen unserer Kinder zu belasten. Die Ausweitung der Staatstätigkeit, die damit verbundene Bürokratisierung und die gefährlich hohe Staatsverschuldung müssen jetzt korrigiert werden“.<sup>4)</sup> Die damals für die Politik Verantwortlichen haben diese Mahnung ignoriert.

#### **4. Das A und O unserer Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik ist der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit**

Die härteste, unsozialste Gesellschaft ist die Arbeitslosengesellschaft. Die Sozialpolitik hat nur Boden unter den Füßen, wenn alle Arbeit haben. Deshalb ist die Vollbeschäftigung die wichtigste sozialpolitische Aufgabe.

„Im Wort der göttlichen Offenbarung ist diese fundamentale Wahrheit zutiefst eingepägt, daß der Mensch, als Abbild Gottes geschaffen, durch seine Arbeit am Werk des Schöpfers teilnimmt . . .“ (Laborem exercens). Arbeit ist also mehr als Broterwerb. Der Mensch leidet, wenn er ausgeschlossen ist vom Schöpfungsauftrag. Arbeitslosigkeit ist auch alles andere als ein materielles Ruhekitzen. Im Durchschnitt erhält ein Arbeitsloser weniger als 1000 Mark Arbeitslosengeld. Angesichts hoher Lebenshaltungskosten kein Betrag, mit dem man große Sprünge machen kann. Noch gravierender als die materiellen aber sind die sozialen und psychischen Folgen der Arbeitslosigkeit. „Zwar bietet das soziale Netz in der Bundesrepublik Deutschland Schutz gegen Verarmung und Not, aber damit dürfen wir uns nicht zufrieden geben. Die Arbeitslosigkeit ist deshalb so gefährlich, weil sie die Hoffnung auf die Zukunft lähmt“. So die deutschen Bischöfe im März 1982 in ihren pastoralen Anregungen zum Problem der Arbeitslosigkeit.<sup>5)</sup>

Die Verbände deutscher Psychologen haben in einer gemeinsamen Erklärung Anfang Dezember 1982 auf die psychischen, sozialen und familiären Folgen und Schäden der Arbeitslosigkeit hingewiesen: Abnahme des Selbstvertrauens, des Selbstwertgefühls und des Vertrauens gegenüber den Mitmenschen bei den einzelnen Arbeitslosen, Depression, Fatalismus und Apathie und, als letzte Stufe der Entmutigung langfristig Arbeitsloser, die soziale Isolation; sie registrierten eine Zunahme familiärer Konflikte, den Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben, Entwicklungsstörungen bei Kindern Arbeitsloser. Nach Angaben der Psychologen lassen sich auf der Ebene kollektiven Verhaltens eine Verstärkung der Kriminalisierung insbesondere Jugendlicher, eine Zunahme von Drogenabhängigkeit, Selbsttötungsversuchen und depressiven Symptomen, die Zunahme psychosomatischer Erkrankungen und anderer Symptome sozialstatistisch nachweisen.<sup>6)</sup> Fortschritt ist Verringerung menschlichen Leids. Deshalb ist das A und O unserer Politik der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Alles, was diesem Zweck nicht nützt, muß jetzt zurückgestellt werden.

## *Investitionen sind das Gebot der Stunde*

Wir brauchen moderne Arbeitsplätze, und moderne Arbeitsplätze kosten viel Geld. Das Geld für Arbeitsplätze kann nicht konsumiert werden. Deshalb müssen wir eine Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik betreiben, die Investitionen ermöglicht.

Notwendig ist eine Regeneration der Produktionsstruktur, wenn wir unsere Stellung am Weltmarkt halten wollen. Die Krise, in der wir stecken, ist nicht vom Himmel gefallen. Sie hat sich in den 70er Jahren angebahnt:

- Die Eigenkapitalquote der deutschen Unternehmen ist von über 30% im Jahr 1967 auf nur 21% gesunken. Das entspricht dem Handeln eines Bauern, der lieber Saatgut aufzehrt, als seinen Lebensstandard anzutasten. Dieser Bauer handelt dumm.
- Die Anlageninvestitionen in der Bundesrepublik Deutschland sind von 1970 bis 1982 real nur noch um 6% gestiegen. Der Anteil zukunftssicherer Investitionen am Bruttosozialprodukt ist von über 24% auf unter 20% gesunken.

Vor der notwendigen Umstellung sind wir davongelaufen. Von einer ängstlichen Regierung nicht mit der Wahrheit konfrontiert, haben wir weiter gefeiert, obwohl das Fest der ungebremsten Lebensstandardsteigerung schon aus war.

Eine Folge war: 1981 haben 300 000 Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz aufgrund von Firmenzusammenbrüchen verloren. Nach einer Studie der Creditreform ist jeder 5. Arbeitslose Opfer einer Pleite.<sup>7)</sup> Die 15 500 Unternehmen, die 1982 dicht gemacht haben, haben nicht zugemacht, weil die Unternehmer alle versagt hätten. 1969 waren es nur 3800 Unternehmen, die zugemacht werden mußten. Heute müssen die Unternehmen zum überwiegenden Teil aufgeben, weil die Kosten zu hoch sind, weil sie auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig sind, weil sie nicht die modernen Technologien haben, um bestehen zu können. Der schleichende Prozeß der Erosion unserer Volkswirtschaft wird vielfach nicht bemerkt. Wenn ein großes Unternehmen in Gefahr ist, dann leuchten alle roten Lampen auf; wenn ein Mittelständler seine Pforten schließt, dann redet kaum jemand darüber. Aber die Mehrheit der deutschen Arbeitnehmer arbeitet nicht in den Großunternehmen; sie arbeitet bei den kleinen und mittleren Unternehmen. Das wurde in der Politik der zurückliegenden Jahre übersehen. Wir werden eine Politik für die mittelständische Industrie und für die Mittelständler machen; nur so ist eine ausgewogene, weniger krisenanfällige Struktur unserer Wirtschaft zu sichern und nur so ist weitere Arbeitslosigkeit durch Pleiten zu verhindern.

Wir müssen jetzt die alten Versäumnisse wettmachen und gleichzeitig verhindern, daß neue Versäumnisse einreißen. Wir müssen Akzente vom Konsum auf Investition verlagern. Die Umstellung muß aber sozial gerecht bewerkstelligt werden. Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand ist die Bedingung dazu. Wir werden dafür nach Jahren uneingelöster Versprechungen und fruchtloser Diskussion endlich die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen.

### *Für neue Wege in der Einkommenspolitik*

Eine Einkommenspolitik, die lediglich den konsumierbaren Teil des volkswirtschaftlichen Ergebnisses im Visier hat, springt immer zu kurz. Das begreifen auch die Arbeitnehmer. Eine realistische und gerechte Einkommenspolitik zielt auf ihre Beteiligung an dem Teil des volkswirtschaftlichen Ergebnisses, der nicht konsumiert werden darf, sondern investiert werden muß. Ohne Investitionsbeteiligung verlieren die Arbeitnehmer auf Dauer den Kampf gegen Inflation, Steuererhöhungen und Sozialabgaben. Die Entscheidungsfrage, die wir uns stellen müssen, heißt: Soll das Geld für Investitionen erstens von den Altbesitzern, zweitens vom Staat oder drittens von den Arbeitnehmern aufgebracht werden? In allen drei Fällen können Arbeitnehmer das für Investitionen notwendige Geld nicht gleichzeitig in der Lohntüte haben. Aber es besteht ein Unterschied. Die Arbeitnehmer bekommen in den beiden ersten Fällen keine Gegenleistung, während sie im dritten Fall eine Gegenleistung erhalten.

Wenn die Investitionen von den Altbesitzern finanziert werden, läuft es so wie bisher. Die Arbeitnehmer zahlen über Preise und/oder Lohnzurückhaltung. In der Verteilung bleibt alles beim alten.

Wenn der Staat die Investitionen tätigt, worauf ja viele vertrauen, sind die Arbeitnehmer nur als Steuerzahler beteiligt; eine Gegenleistung erhalten sie nicht.

Nur Investitionen, die durch investive Einkommensbestandteile mitfinanziert werden, bringen als Gegenleistung Eigentum in Arbeitnehmerhand. Wer also diesen Weg aus neomarxistischen oder altkapitalistischen Gründen – der Effekt ist der gleiche – ausschließt, entzieht den Arbeitnehmern eine Gegenleistung für ihre Arbeit.

### *Für Verkürzung der Lebensarbeitszeit*

Wirtschaftliches Wachstum, das die Bundesregierung unter anderem durch ihr Wohnungsbauprogramm, ihr Investitionsprogramm und ihr Programm zur steuerlichen Entlastung vor allem mittelständischer Betriebe wieder in Gang bringen will, ist eine wichtige, nicht aber eine hinreichende Bedingung zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung. Der Sachverständigenrat geht davon aus, daß auch bei guter Konjunktur nur 500 000 bis 600 000 Menschen mehr arbeiten könnten.

Die konjunkturell nicht beeinflusste Rate der Arbeitslosigkeit beträgt demnach gegenwärtig über 1,8 Millionen Arbeitslose. Wer also allein auf Wachstum seine Hoffnungen setzt, dem werden arbeitsmarktpolitische Enttäuschungen nicht erspart bleiben. Wenn Erwerbsarbeit knapper wird, bleibt nur die Wahl, den Zugang zu ihr für alle offen zu halten oder Arbeit nur einem Teil der Arbeitnehmer zu reservieren. Der erste Weg führt über Arbeitszeitverkürzungen. Der zweite konserviert die Privilegien der Jungen, Gesunden und Tüchtigen und programmiert den neuen Klassenkampf zwischen Arbeitsbesitzern und Arbeitslosen.

Wir brauchen für alle Arbeit. Die Teilhabe an der Arbeit steht allen zu. Die Bedingung für die Umsetzung von kürzerer Arbeitszeit in mehr Arbeitsplätze ist die Abstimmung von Einkommen und Arbeitszeit. Arbeitszeitverkürzung gibt es nicht zum Nulltarif. Oder wie es Oswald von Nell-Breuning formulierte: Die Arbeitsbesitzer müssen Arbeitszeit und den dazu gehörenden Arbeitslohn mit den Arbeitslosen teilen. Der Teil des Sozialprodukts, auf den durch Arbeitszeitverkürzungen verzichtet wird bzw. verzichtet werden muß, steht für die Einkommensverteilung nicht zur Verfügung. Aber auch ohne Arbeitszeitverkürzung werden wir auf diese Teile verzichten müssen, denn Arbeitslose kosten Geld. Der Arbeitsmangel muß von den Arbeitsbesitzern so oder so bezahlt werden: Ohne Arbeitszeitverkürzungen bei wachsender Arbeitslosigkeit durch höhere Steuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung – mit Arbeitszeitverkürzung durch Lohnverzicht.<sup>9)</sup>

Wollten wir die Arbeitslosigkeit nur mit Wachstum bekämpfen, bräuchten wir angesichts des ständigen Produktivitätsfortschritts und der jetzt ins Erwerbsleben drängenden geburtenstarken Jahrgänge 10 Jahre lang Wachstumsraten von 6 bis 7%. Jahr für Jahr mindestens 6% Wachstum! Es gibt keinen vernünftigen Menschen, der solche Wachstumsraten für möglich, ja angesichts der Umwelt- und Rohstoffprobleme überhaupt für wünschenswert hält. Deshalb brauchen wir neben Wachstum in vernünftigen Proportionen auch Arbeitszeitverkürzungen. Wenn die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände dazu einfach Nein sagt und sich viele Großbetriebe gleichzeitig über die Preise einen Sozialfonds finanzieren lassen, mit dem die frühzeitige Pensionierung der Arbeitnehmer finanziert wird, dann ist das eine gespaltene und deshalb ungläubwürdige Strategie. Dies ist eine Senkung der flexiblen Altersgrenze durch die Hintertür, über die Preise und von der Solidargemeinschaft finanziert, während sich kleine und mittlere Unternehmen das nicht leisten können. Und wir mögen auch nicht die Art von Arbeitszeitverkürzung, wenn ein großes Automobilwerk den Unterschied zwischen Kurzarbeitergeld und Nettolohn aus eigener Tasche ausgleicht. Dies ist eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, mitfinanziert von der Solidargemeinschaft der Beitragszahler.

Vorrang hat mehr Flexibilität bei der Altersgrenze. Das ist kein Befehl, das ist ein Angebot. Allerdings kann eine Senkung der flexiblen Altersgrenze nicht auf Kosten der Rentenversicherung gehen. Das kann sie sich nicht leisten. Sie muß ihr Geld zusammenhalten. Jede Mark ist wichtig, um die Rente sicher zu machen. Wenn versicherungsmathematische Abschläge einer Senkung der flexiblen Altersgrenze vom einzelnen nicht zu verkraften sind, dann müssen andere Ausgleichsformen gesucht werden. Auch die Solidarität der Tarifpartner muß diesen Ausgleich organisieren. Es ist praktizierte Solidarität, wenn jüngere Arbeitnehmer auf einen Teil des Lohnzuwachses verzichten, um damit den vorzeitigen Ruhestand eines älteren Arbeitnehmers zu finanzieren, der seinen Arbeitsplatz für einen jüngeren Arbeitslosen freimacht.

## *Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit*

Eine makabre Investition in Hoffnungslosigkeit ist die Jugendarbeitslosigkeit. Wenn der erste Schritt in den „Ernst des Lebens“ ein Schritt in eine Gesellschaft verschlossener Türen ist, dann wird die Versuchung groß, aus dieser Gesellschaft auszusteigen. 200 000 junge Mitbürger sind ohne Arbeit. Es ist für einen 60jährigen schlimm, ohne Arbeit zu sein. Aber für einen 15jährigen ist es wahrscheinlich noch schlimmer. Der 60jährige hat ein erfülltes Arbeitsleben hinter sich. Der 15jährige hat seine ganzen Erwartungen auf die Zukunft gerichtet und sammelt als erste „Berufserfahrung“, daß er nicht gebraucht wird.

Wir haben deshalb trotz angespannter Kassenlage die Mittel im Haushalt 1983 zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit auf 200 Millionen festgesetzt. Das ist der höchste Ansatz, den der Haushalt für diesen Zweck je hatte. Zusätzlich muß der europäische Sozialfonds seinen Beitrag leisten. Wir wollen seine Mittel auf den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa konzentrieren. Vielleicht ist das die beste Einladung an die junge Generation, bei einem vereinigten Europa mitzumachen.

Unser Programm im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit lautet zusammengefaßt: Wachstum, Gerechtigkeit, Solidarität; Wachstum durch Investitionsförderung, Gerechtigkeit durch investive Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivkapital, Solidarität, indem wir Arbeit und Lohn teilen.

### **5. Wir brauchen eine Welle des Gemeinsinns**

Die Überwindung der Krise, die gerade die Schwachen trifft, wird nicht gelingen auf der Grundlage der Konfliktfelder der Vergangenheit: Kapital gegen Arbeit, Arm gegen Reich, Arbeitsbesitzer gegen Arbeitslose, Akademiker gegen Hauptschüler, Frauen gegen Männer und so weiter und so fort. Begriffe, die vor 100 Jahren vielleicht ihre Berechtigung hatten, sind abgenutzt wie die hinter ihnen stehenden Philosophien. Ebensowenig eignet sich die Krise zum Begleichen alter Rechnungen, etwa in der Lohnfortzahlung, bei der Arbeitgeber und Arbeitgeberverbände noch nicht Frieden gemacht haben mit den ihnen abgerungenen Regelungen. Nicht durch Klassenkampf oder ungezügeltten Wirtschaftsliberalismus hat die Bundesrepublik Deutschland Wiederaufbau, Wohlstand und Soziale Sicherheit geschaffen. Nicht im Gegeneinander, sondern im Miteinander haben wir das zerstörte Deutschland wieder aufgebaut. Miteinander und nicht gegeneinander haben wir von 1950 bis 1960 6,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen und gleichzeitig die Folgelasten der Kriege getragen. Auch heute werden wir nur miteinander und nicht gegeneinander wieder die Arbeitslosen von der Straße bringen und den jungen Menschen eine Lebensperspektive geben.

In dieser kritischen Situation haben die Kirchen an das christliche Gebot des Teilens erinnert. Sie haben zur Solidarität aufgerufen und zur Bescheidenheit gemahnt. Wir brauchen jetzt eine Welle des Gemein-

sinn. Je früher eine gemeinsame Anstrengung von Gewerkschaften, Unternehmern und Regierung zustande kommt, um so schneller werden wir den Aufschwung schaffen. Jeder muß jetzt über seinen Schatten springen und bereit sein, dem anderen zuzuhören. Wir müssen bereit sein, wechselseitig voneinander zu lernen. Wenn durch die Gesellschaft eine Welle des Gemeinsinns geht, werden es diejenigen schwer haben, die sich ins Abseits stellen. Wer Tabus vor sich herträgt, beendet das Gespräch, bevor es begonnen wurde.

Die Politik, die auf Wirklichkeitsnähe, Gemeinsinn und Bescheidenheit setzt, braucht moralischen Rückenwind. Eine Politik der Geschenkverteilung hat es leichter, die ist sich des Beifalls sicher. Eine Politik, die Umkehr und Verzicht fordert, ist auf Einsicht angewiesen.

In seinem Buch „Haben oder Sein“ kritisiert Erich Fromm das Vorurteil der „Machthaber unserer Gesellschaft, man könne die Menschen nur durch materielle Vorteile, d.h. durch Belohnungen, motivieren, und Appelle an die Solidarität und Opferbereitschaft würden kein Gehör finden. Deshalb erfolgen solche Aufrufe außer in Kriegszeiten selten, und man läßt sich die Chance entgehen, sich durch die möglichen Ergebnisse eines Besseren belehren zu lassen.“<sup>9)</sup>

Bundesregierung und die Koalition aus CDU/CSU und FDP wagen dieses Experiment. Wir setzen auf die Einsicht der Bürger, auf Ihre Opferbereitschaft und auf die Kraft der Gemeinschaft, die zustandebringen kann, was vereinzelte Anstrengungen nicht schaffen. Das ist zugleich eine Bewährung der Demokratie: Es ist der Beweis anzutreten, daß Überlegenheit und Rationalität der Demokratie nicht von der Spendierhose der Politiker leben, sondern ein freies, sozialverpflichtetes Gemeinwesen über den Tellerrand der Eigeninteressen und der Tagespolitik hinaus die Herausforderungen der Zukunft erkennt und sich ihnen stellt.

## Anmerkungen

- 1) Vgl. Bundeshaushalt 1983, Erste Schritte zur Gesundung von Wirtschaft und Finanzen, hrsg. vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.
- 2) Rolf Zundel, Das verarmte Parlament. Der Preis der Stabilität, München 1980, S. 33.
- 3) Mitschrift der Rede von Helmut Schmidt vor der SPD-Bundestagsfraktion am 22. Juni 1982, Seite 7, den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten mit Schreiben des Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner vom 6. Juli 1982 zur Verfügung gestellt.
- 4) Wort der deutschen Bischöfe zur Bundestagswahl 1980, hrsg. vom Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz.
- 5) Pressedienst der Deutschen Bischofskonferenz vom 4. März 1982.
- 6) Vgl. Auszug aus der gemeinsamen Erklärung der Deutschen Gesellschaft für Verhaltenstherapie, des Verbandes für Betriebs- und Arbeitspsychologie und der Sektion politische Psychologie im Berufsverband deutscher Psychologen, abgedruckt in der Frankfurter Rundschau vom 3. Dezember 1982.
- 7) Vgl. Süddeutsche Zeitung vom 16. Dezember 1982.
- 8) Vgl. zu dem Thema Arbeitszeitverkürzung und Vermögensbildung: Norbert Blüm, Werkstücke, Köln 1980, passim.
- 9) Erich Fromm, Haben oder Sein, Stuttgart, 5. Auflage 1980, S. 106.

## Zur Person des Verfassers

Dr. phil. Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, Bonn; Bundesvorsitzender der Sozialausschüsse der Christlich-Demokratischen Arbeitnehmerschaft.